



## THEMA 4: Regionale Konflikte

### Materialsammlung

---

#### **Tf 402 Mazedonien - ein Land mit ungewisser Zukunft?**

Der folgende Artikel erschien am 13.08.2002 in der „Badischen Zeitung“ einer deutschen Regionalzeitung (Autor: NORBERT MAPPES-NIEDIEK)

##### **Tf 402/1 Großes Schmierentheater\***

##### **Ein Jahr danach: Im „ethnischen Krieg“ in Mazedonien ging es um Pfründe und sonst nichts**

*„Ein Jahr nach dem Friedensabkommen von Ohrid, das am 13. August 2001 einen halbjährigen Konflikt beendete, sieht die Welt in Mazedonien ganz anders aus. Aber nicht die Verhältnisse haben sich geändert - geändert hat sich nur die Perspektive.*

*Auf dem ganzen Balkan, auch in Mazedonien, geht es nicht mehr um die Verteilung von Territorium an jugoslawische Nachfolgestaaten. Es geht nur noch um persönliche Macht und um den Einfluss des organisierten Verbrechens.*

*Für die Weltöffentlichkeit gab es vor gut einem Jahr eine unterdrückte albanische Minderheit und eine erdrückende mazedonische Mehrheit. Bei der albanischen Minderheit wiederum gab es 'Radikale' und 'Gemäßigte'. Die internationale Gemeinschaft griff in den Konflikt ein, diesmal in Gestalt der EU, und erreichte einen Kompromiss. Mazedonien hat es noch immer schwer, so das Bild von heute. Der Hass ist noch groß, aber immerhin wird nicht mehr geschossen.*

*Bei näherem Hinsehen jedoch stimmt an diesem Bild so gut wie nichts. Die 'gemäßigte' Albanerpartei von Arben Xhaferri ist als politische Formation kaum erkennbar. Sie ist ein Klientelsystem, das eigene Steuern erhebt, Lizenzen und Monopole vergibt und in den albanisch besiedelten Gebieten so gut wie alle Posten verteilt. Der Streit wird nicht zwischen Albanern und Mazedoniern geführt: Die regierenden Parteien beider Völker haben ihre Einflusszonen säuberlich aufgeteilt und herrschen in ihrem Mehrheitsgebiet unumschränkt. Wie in keinem anderen Balkanland hat sich in Mazedonien der Typus des lokalen Potentaten durchgesetzt, der Verwaltung, Wirtschaft, Polizei kontrolliert, sich von Frauen- oder Drogenhandel nährt und nur für die Öffentlichkeit den Politiker spielt.*

*Umgekehrt sind die 'Extremisten' nicht ganz so finster, wie man sie sich vorstellte. Ein Teil von ihnen mochte die skandalöse Aufteilung der Ressourcen zwischen kooperierenden nationalen Banden tatsächlich nicht hinnehmen. Gleichwohl lässt sich die UCK nicht zu den 'Guten' rechnen. Denn zu ihren Anführern gehörten etliche lokale Fürsten der Schmuggel- und Drogenszene.*

*Der 'Krieg' in Mazedonien jedenfalls war zum großen Teil Theater. Zwei korrupte und kriminelle Eliten wollten sich die Macht über die je 'eigene' Bevölkerung sichern und führten zu diesem Zweck einen 'ethnischen Streit' auf - das war der Kern des Krieges. Und Ohrid hat an den wahren Verhältnissen in Mazedonien fast nichts geändert.*

*Die wichtigste Bestimmung von Ohrid, die Verpflichtung zu Neuwahlen, ist von den regierenden Parteien ein Jahr lang einträchtig blockiert worden. Jetzt geht es nicht mehr: Am 15. September steht die Abstimmung an. Die Gefahr ist gering: Den herrschenden Parteien gehören die Betriebe, die Zeitungen, der Rundfunk und das Fernsehen.“*

\*Schmierentheater = schlechtes Theater

##### **Tf 402/2 Nicht nur eine Frage der Loyalität**

##### **Die albanische Minderheit hat in Mazedonien nie den eigenen Staat gesehen**

aus: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 4.11.2004 (Autor: MICHAEL MARTENS)

*„[Slawisch mazedonische Nationalisten].....beschuldigen ihre albanischen Mitbürger unter anderem der Illoyalität gegenüber dem mazedonischen Staat. Die Interessen der albanischen Minderheit seien auf eine*

*Vereinigung mit dem Kosovo gerichtet, nicht jedoch auf das Wohlergehen des mazedonischen Staates, lautet ein Vorwurf.*

*Tatsächlich ist die Loyalität der Albaner zu der im September 1991 unabhängig gewordenen ehemaligen Teilrepublik Jugoslawiens gering. Es stimmt aber auch, daß die Mehrheitsbevölkerung die albanischen Bewohner Mazedoniens über Jahrzehnte hinweg von allen wichtigen Schaltstellen im Lande ausgeschlossen hat. Zwar hatten die Albaner Mazedoniens nicht unter systematischer und gewalttätiger Verfolgung zu leiden, wie sie die albanische Bevölkerungsmehrheit im Kosovo erdulden mußte. Auch waren Albaner stets an den demokratisch gewählten Regierungen des Landes beteiligt. Doch als das Land unabhängig wurde, lebten beide Bevölkerungsgruppen längst in unterschiedlichen Welten mit zum Teil ganz gegensätzlichen Interessen.*

*Der österreichische Südosteuropafachmann Robert Pichler von der Karl-Franzens-Universität Graz, der dieses Phänomen untersucht hat, spricht von 'ethnisch divergierenden Entwicklungspfaden', deren Beginn in die sozialistische Modernisierungsphase Mazedoniens zurückreicht, von der die slawisch-mazedonische Mehrheit erfaßt worden sei, die Minderheit aber nicht. Ein albanisch-mazedonischer Patriotismus habe sich so nicht entwickeln können.*

*Arben Xhaferi, neben Ahmeti der angesehenste Albanerführer des Landes, bestreitet nicht, daß seine Wähler für den mazedonischen Staat nicht viel übrig haben: „Wenn Sie die Albaner fragen, ob sie zu ihrer ethnischen Gruppe oder zum Staat die größere Loyalität empfinden, werden alle antworten, daß ihnen die Volksgruppe wichtiger sei“, sagt Xhaferi. Doch auch er weist auf die historischen Gründe für das albanische Desinteresse am mazedonischen Staat hin, das mindestens zurückreicht in die Zeit zwischen den Weltkriegen, als Belgrad zum Teil rigide Maßnahmen ergriff, um die muslimische Bevölkerung Mazedoniens zur Abwanderung zu ermuntern.*

*Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte die kommunistische Führung, die wirtschaftliche Rückständigkeit im Süden Jugoslawiens mit aller Macht zu überwinden. Zum Modernisierungsprogramm für Mazedonien, wo die Analphabetismusrate bei fast 70 Prozent lag, gehörte die Kollektivierung der Landwirtschaft und eine forcierte Industrialisierung. Es wurde ein großer Verwaltungsapparat geschaffen, die Städte wuchsen rasch. Doch Albaner waren in den neuen Fabriken und Ämtern, Krankenhäusern und Universitäten kaum beschäftigt. Zwar hatte das auch mit ihrem niedrigeren Bildungsniveau, dem Denken in Clanstrukturen und dem Unwillen gerade der ländlichen Albaner zu tun, Frauen in die Arbeitswelt zu entlassen. Aber das waren nicht die einzigen Gründe. Vielmehr schuf sich die mazedonische Mehrheit ihren eigenen Staat, in dem Albaner nur geduldete Gäste waren.*

*Angesichts des historischen griechisch-bulgarisch-serbischen Ringens um die Region Makedonien förderte Tito die Entstehung eines spezifisch slawisch-mazedonischen Nationalbewußtseins in Jugoslawien - und weder im so entstandenen mazedonischen Schriftstellerverband noch an der Universität Skopjes oder gar in der mit Unterstützung der kommunistischen Partei gegründeten mazedonischen autokephalen Kirche konnte man die muslimischen Albaner dabei brauchen. In Partei und Verwaltung kamen fast ausschließlich slawische Mazedonier zum Zuge, was sich auf die staatlichen Betriebe übertrug und über Generationen fortwirkte.*

*Letztlich hatte die Ausgeschlossenheit für die Albaner jedoch auch einen Vorteil: Als das sozialistische Wirtschaftssystem zusammenbrach, traf es sie weniger hart, da sie ohnehin kaum daran teilhatten. Der Not gehorchend, hatten sich die Albaner längst andere Erwerbsmöglichkeiten gesucht. Nach dem Abschluß des Abkommens über die Vermittlung jugoslawischer Gastarbeiter zwischen Belgrad und Bonn im Jahre 1968 waren weitaus mehr Albaner als slawische Mazedonier fortgezogen, um in Deutschland zu arbeiten. In der Folge unterstützten sie nicht nur ihre Familien, sondern auch ihre Heimatorte durch die Finanzierung von Straßen, Schulen, oder Krankenstationen.*

*In den neunziger Jahren waren es dann die albanischen Freischärlerarmeen im Kosovo und in Mazedonien, die vom Geld aus dem Norden profitierten. Es sind bis heute, wenn auch in abnehmendem Maße, nicht zuletzt die Überweisungen der Auslandsalbaner - vor allem aus Deutschland, der Schweiz und Österreich -, die viele albanische Siedlungen in Mazedonien wohlhabender erscheinen lassen als die unterbevölkerten und wirtschaftlich erstarrten slawisch dominierten Orte im Osten Mazedoniens. Der oft zitierte 'ethnische Graben' zieht sich auch durch die Wirtschaft.*

*Zwar sind Minderheiten und die Bevölkerungsmehrheit seit dem Rahmenabkommen formal gleichberechtigt in ihrem Staat, auch wird der Anteil der Albaner in der staatlichen Verwaltung schrittweise erhöht. Doch womöglich kamen die Vereinbarungen von Ohrid einige Jahrzehnte zu spät, um aus den Albanern mazedonische Patrioten zu machen.“*

### **Tf 402/3 Struga, wo alles enden kann**

#### **Makedonien ist wieder einmal bedroht. Slawische Nationalisten haben ein Referendum erzwungen, das die Zukunft des Staates aufs Spiel setzt.**

aus: „Die Zeit“ vom 4.11.2004 (Autor: ULRICH LADURNER)

*„Struga ist klein, hübsch, und am kommenden Sonntag entscheidet sich, ob die Stadt einen unrühmlichen Platz in der Geschichte Makedoniens einnehmen wird. Denn in Struga könnte das Ende des Staats Makedonien eingeläutet werden. Dafür kann die Stadt wenig. Es ist nur so, dass gerade hier sich der jahrelange Streit zwischen Albanern und Makedoniern zugespitzt hat und am 7. November in einem Referendum seinen vorläufigen Höhepunkt erreichen wird.*

*37 000 Einwohner hat Struga, 48 Prozent davon sind Makedonier und 42 Prozent Albaner. In Zukunft soll das anders sein. Denn die Regierung in Skopie hat entschieden, dass die Gemeindegrenzen neu gezogen werden sollen. In den neuen Grenzen wird Struga 63 000 Einwohner haben, 57 Prozent Albaner, nur noch 32 Prozent Makedonier und 6 Prozent Türken. Diese Aussicht hat eine nationalistische Vereinigung namens Makedonischer Weltkongress auf den Plan gerufen. Sie hat 180 000 Unterschriften gesammelt, um die Änderung der Gemeindegrenzen in Makedonien zu verhindern. Damit hat sie das Referendum erzwungen. Für den Fall des Erfolges wird die Regierung in eine schwere Krise gerat en, vielleicht gar zurücktreten.*

*Auf den ersten Blick erscheint das Ganze wie eine Provinzposse. Schließlich würde die neue Grenzziehung für Struga allenfalls bedeuten, dass der heutige makedonische Bürgermeister von einem albanischen abgelöst wird. Aber solche Provinzpossen haben auf dem Balkan die Eigenschaft, dass sie schnell gefährlich und mitunter blutig werden können.*

*Makedonien befand sich im Sommer 2001 am Rande eines Bürgerkrieges, weil albanische Extremisten mit Waffengewalt mehr Rechte für die albanische Minderheit erzwingen wollten. Nur der gemeinsame, massive Einsatz der Nato und der EU verhinderte, dass Makedonien völlig ins Chaos abglitt. Die EU zwang den Streitparteien das so genannte Ohrider Abkommen auf, das den Albanern mehr Rechte einräumte. Das Herzstück dieser Reformen ist die Neuordnung der Gemeindegrenzen. Und Struga ist ihr prominentestes Beispiel.*

*Nachdem die Regierung, eine Koalition aus Sozialdemokraten und albanischen Parteien, im August ihre Pläne bekannt gegeben hatte, kam es in Struga zu einem Gewaltausbruch. 14 Polizisten und 15 Zivilisten wurden verletzt. Das waren die schwersten Auseinandersetzungen seit 2001.*

*Auch drei Jahre nach dem knapp verhinderten Bürgerkrieg ist das Vertrauen zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen nicht gewachsen. Es hat eher noch abgenommen. Die Makedonier verdächtigen albanische Politiker, das Land teilen und einen großalbanischen Staat schaffen zu wollen, der auch den Kosovo und Albanien mit einschließen soll. Mit zweideutigen Bemerkungen haben führende Politiker der Albaner diese Furcht in der letzten Zeit durchaus befeuert. Eine Teilung würde nicht nur das Ende des Staates Makedonien bedeuten. Es würde die Makedonier als 'Volks' in eine Überlebenskrise stürzen - denn keiner ihrer Nachbarstaaten erkennt sie als solches wirklich an.*

*Gelingt das Referendum, und wird dem Ohrider Abkommen das Kernstück genommen, ist das mehr als nur eine Niederlage für die EU. Makedonien ist die einzige Krisenregion, die allein von Europa 'betreut' wird.“*

### **Tf 402/4 Schwarzes Loch am Rande Europas**

#### **Eine Expertenkommission warnt: Die EU tut nicht genug, um den Balkan zu retten**

aus: „Die Zeit“ vom 28.04.2005 (Autor: THEO SOMMER)

*„Die Welt blickt auf den Irak, auf das atomwaffensüchtige Nordkorea und das chinesisch-japanische Spannungsfeld. Die Europäer machen da keine Ausnahme. Dabei übersehen sie die Gefahren, die am Rande der EU drohen: im 'schwarzen Loch an der Peripherie Europas', das in Serbien, Albanien, Montenegro, Kosovo und Bosnien entsteht.*

*Dies ist der ernüchternde Befund, den die vom italienischen Expremier Giuliano Amato geleitete International Commission on the Balkans soeben vorgelegt hat - ein hochkarätiges Gremium, dem auch der frühere Bundespräsident Richard von Weizsäcker angehörte. Zehn Jahre nach Srebrenica und Dayton, fünf Jahre nach dem Sturz des Milošević-Regimes beschreibt die Kommission die Region als 'dichter am Scheitern als am Gelingen'. Es sei ein Flickenteppich schwacher Staaten, ohne Wirtschaftswachstum, mit 60 Prozent Arbeitslosigkeit, alles durchdringender Korruption und einer Bevölkerung ohne Zuversicht und ohne*

*Vertrauen in die entstehenden demokratischen Institutionen: 'Im Augenblick sind die Kriege vorüber, aber der Geruch der Gewalt hängt schwer in der Luft.'*

*Die Europäische Union hat in ihre Protektorate auf dem Balkan viel investiert: Milliarden Euro, Tausende von Soldaten (die Hälfte der verfügbaren Einsatzstreitkräfte!), eine Heerschar von Verwaltern, Entwicklern und Kontrolleuren. Aber die Union lässt die Zügel schleifen. Sie drückt sich vor endgültigen Lösungen. Das Resultat, so der Bericht: 'Die Zukunft Makedoniens ist ungewiss, die Zukunft Serbiens ist unklar. Es besteht das Risiko einer Explosion des Kosovo, einer Implosion Serbiens und neuer Brüche in den Grundfesten Bosniens und Makedoniens.'*

*Wie lässt sich dem vorbeugen? Die Empfehlung der Kommission: 'Eindeutig müssen wir die Region in die EU bringen.' Dafür schlägt sie eine Stufenfolge politischer Schritte vor - beginnend mit einer internationalen Balkankonferenz 2006 und endend 2014 mit der Aufnahme der Staaten des westlichen Balkans in die Brüsseler Gemeinschaft. In diesen acht Jahren sollen Wohlstand und Zivilgesellschaft in der Region vorangetrieben werden. Der Abschluss von Europa-Abkommen, Finanzhilfen und ein Umbau der Institutionen sollen dabei helfen.*

*Im Kosovo sieht die Kommission das eigentliche Problem. Ein multiethnischer Kosovo, argumentiert ihr Bericht, existiere nur in der bürokratischen Einschätzung der internationalen Behörden. Würde die Klärung des endgültigen Status der Provinz noch länger verschleppt, drohe neues Unheil. In vier Stufen will die Kommission den Kosovo an die Unabhängigkeit heranzuführen: Status quo; 'Unabhängigkeit ohne volle Souveränität', wobei die Staatengemeinschaft sich vorbehält, die Einhaltung der Menschen- und Minderheitsrecht zu überwachen; 'gelenkte Souveränität', wenn die Kosovaren über den EU-Beitritt verhandeln und die Voraussetzungen dafür schaffen sollen; schließlich 'geteilte Souveränität' unter dem Dach der Europäischen Union.*

*Manch einen mag die Aussicht auf einen weiteren Erweiterungsschub schrecken. Doch sollten sie die Europäer die Mahnung des höchstbedenkenswerten Kommissionsberichts zu Herzen nehmen: Ein weiteres Treibenlassen der Dinge auf dem Balkan wäre unheilvoll. Und in der Terminsetzung 2014 könnte durchaus ein Ansporn liegen. Der Balkan, befriedet im gemeinsamen Haus Europa, hundert Jahre nach den tödlichen Schüssen von Sarajevo: Dies könnte - da ist dem Bericht voll zuzustimmen - die Heraufkunft eines neuen europäischen Jahrhunderts signalisieren.“*

Siehe auch Karte von Mazedonien Cf 402/5